

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SPD

www.hubertus-heil.de

NEWSLETTER

Februar 2011

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

in diesem Newsletter möchte ich Sie über die aktuellen politischen Geschehnisse in meinem Wahlkreis Gifhorn/Peine und in Berlin informieren. Nachdem die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zur Neuberechnung der Regelsätze vorerst gescheitert waren, ist nun Dank der Initiative von Kurt Beck und der SPD-Bundesländer die Tür für eine schnelle Einigung wieder offen. Am Freitagnachmittag rief der Bundesrat erneut den Vermittlungsausschuss an. Über den Stand der Vermittlungsverhandlungen und die Positionen der SPD möchte ich Sie in diesem Newsletter gerne informieren. Außerdem gibt es Informationen über meinen Wahlkreis sowie die Ankündigung zahlreicher Veranstaltungen in den nächsten Wochen.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen.

Herzlichst, Ihr



Hubertus Heil

Kontakt zu Hubertus Heil

Wahlkreisbüro Peine

Goethestraße 16
31224 Peine
Telefon: 05171-50 683 14
Telefax: 05171-50 683 99
E-Mail: hubertus.heil@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 11
38518 Gifhorn
Telefon: 05371-15 26 9
Telefax: 05371-93 29 25
E-Mail: hubertus.heil@wk2.bundestag.de

SPD-Bezirksbüro Braunschweig

Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 - 4 80 98 -10
Telefax: 0531- 4 80 98 50
E-Mail: bezirk.braunschweig@spd.de

Bundestagsbüro in Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-737 10
Telefax: 030-227-767 10
E-Mail: hubertus.heil@bundestag.de

SPD

Impressum - Wahlkreis Info
Herausgeber: Hubertus Heil, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nachrichten aus dem Wahlkreis

Forderung nach Chancengleichheit und Kritik an der Bundesregierung: Hubertus Heil referiert in Hankensbüttel über Bundes- und Kommunalpolitik

Anlässlich einer Diskussionsveranstaltung war der Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil zu Gast im Gifhorner Nordkreis. In Hankensbüttel sprach er über aktuelle bundespolitische Entwicklungen und wagte einen Ausblick auf die Kommunalwahl.



Hubertus Heil und der Ortsvereinsvorsitzende aus Hankensbüttel, Martin Rausch (rechts im Bild), begrüßen ein Neumitglied in Hankensbüttel

Kritik fand er dabei für die schwarz-gelbe Bundesregierung, die sich mit ihren kompromisslosen Entscheidungen kein Vertrauen in der Bevölkerung erarbeiten könne. In Anspielung auf das Unwort des Jahres 2010, „alternativlos“, kritisierte er das unmögliche Demokratieverständnis, welches dieses Wort in Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung offenbare.

Für Hankensbüttel bedeuten gesellschaftliche Entwicklungen wie der Demographische Wandel Herausforderungen, etwa wenn es um Pflegeberufe geht. In diesem Bereich gibt es bereits jetzt einen Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen wird. „Daher ist es wichtig, den Binnenmarkt zu stärken und neue Arbeitsplätze zu

schaffen“, sagte Heil. Mit Arbeitsplätzen alleine sei es jedoch nicht getan: „Menschen müssen die Chance haben, selbstbestimmt zu arbeiten und von ihrer Arbeit leben können“, erklärte Heil und spielte damit an auf das zum Teil geringe Lohnniveau im Pflegebereich. Ein Ziel müsse es sein, den jungen Menschen eine Chancengleichheit zu gewähren. Angesichts von jährlich 65.000 Schulabgängern ohne Abschluss könne davon noch nicht die Rede sein. „Wir brauchen diese jungen Menschen, ganz besonders in ländlichen Gebieten wie dem Gifhorner Nordkreis“, so Heil.

Hubertus Heil bittet um Rückgabe alter Handys

Der Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil weist auf die Aktion „Althandys zu schade für den Müll“ hin. Die Deutsche Umwelthilfe e. V. und Telekom Deutschland kooperieren seit 2003 erfolgreich beim Recycling und der Wiederverwertung von Althandys. „In Deutschland werden Jahr für Jahr mehr als 35 Millionen neue Handys gekauft, weit über 60 Millionen ausgediente Handys verstauben in den Schubladen deutscher Haushalte und landen oft im Restmüll“, so Heil. Er bittet daher alle Bürgerinnen und Bürger ihre Althandys in Wahlkreisbüro Peine und Gifhorn abzugeben. Die Handys werden dann direkt durch einen Logistikpartner der Deutschen Umwelthilfe abgeholt. So ist sichergestellt, dass viele wertvolle Rohstoffe wieder in den Kreislauf zurückgeführt und Schadstoffe fachgerecht entsorgt werden. Noch funktionsfähige Handys können nach Löschung aller persönlichen Daten weiter verwendet werden. Die Telekom Deutschland spendet aus den Erlösen der zurückgegebenen Alt-Handys an die Deutsche Umwelthilfe.

Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gehen weiter

Zur Rettung der dringend benötigten Reform der Regelsätze geht das Vermittlungsverfahren in eine weitere Runde. Der Bundesrat stimmte am Freitag nicht über das bisherige Ermittlungsergebnis ab, da es dafür absehbar keine Mehrheit gegeben hätte. Stattdessen rief die Länderkammer erneut den Vermittlungsausschuss an, um die Verhandlungen über das Paket der schwarz-gelben Koalition nicht gänzlich scheitern zu lassen. Die Initiative dafür ging auf den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) zurück.

Zuvor waren die Vermittlungsverhandlungen an der Zerrissenheit der schwarz-gelben Koalition vorerst gescheitert. FDP und CDU-Wirtschaftsflügel waren aus ideologischen Gründen nicht bereit, eine angemessene Regelsatz-Erhöhung mitzutragen. Frau Merkel hat sich für den Koalitionsfrieden und gegen staatspolitische Verantwortung entschieden.

Schon zu Verhandlungsbeginn zeigte sich, dass es der Regierung nicht um ernsthafte Verhandlungen und Lösungen ging, sondern nur um parteipolitische Taktiererei. Wir hatten bis zuletzt erhebliche Zweifel, ob die neue Regelsatzberechnung verfassungskonform ist. Einem erneut verfassungswidrigen Regelsatz konnten wir auf keinen Fall zustimmen. Schwarz-Gelb war jedoch nicht bereit, überhaupt noch über verfassungskonforme Regelsätze zu diskutieren.

Wir haben uns im Verlauf der Verhandlungen immer darum bemüht, Kompromisslinien auszuloten und Lösungen zu finden. Drei Positionen waren jedoch zentral. Davon konnten wir nicht abrücken:

- Die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem SGB II müssen verfassungskonform berechnet werden. Dies war bisher nicht der Fall. Die Rechentricks der Bundesregierung müssen geheilt werden.
- Wir brauchen mehr Schulsozialarbeiter. Die Teilhabe von Kindern im Bildungssystem hängt nicht nur von Geldleistungen ab, sondern von individueller Betreuung und Zuwendung, um herkunftsbedingte Defizite abzubauen.
- Wir brauchen den Mindestlohn in der Leiharbeit, um den Lohnabstand zwischen Transferleistungen und Arbeitslöhnen zu sichern. 500 Mio. Euro werden jedes Jahr ausgegeben, weil Armutslöhne in der Leiharbeit nicht zum Leben reichen. „Equal Pay“ in der Leiharbeit muss nach vier Wochen Einarbeitungszeit gelten, damit endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird.

Der Initiative der SPD-Länder im Bundesrat ist es zu verdanken, dass nun die Tür für eine schnelle Einigung offen bleibt. Wir werden diese Chance nutzen und uns weiterhin für unsere Vorschläge stark machen.

Unser Ziel: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die schwarz-gelbe Koalition hat das Vermittlungsverfahren zur Neuberechnung der Regelsätze für Arbeitslosengeld II scheitern lassen. Sie hat es u. a. deshalb scheitern lassen, weil sie nicht zu wirksamen Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit bereit war. Wir haben von Anfang an klar gemacht, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeiter und Stammbeschäftigten für uns ein zentraler Punkt in den Verhandlungen ist. Gleichzeitig haben wir auf Fortschritte bei Mindestlöhnen gedrängt, um dem Missbrauch in der Zeit- und Leiharbeit und Lohndumping entgegenzuwirken.

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen, weil sie von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Diese Form der Lohnsubventionierung auf Kosten der Steuerzahler wollen wir beenden. Für uns kann Leiharbeit ein sinnvolles Instrument sein um die Auftragsspitzen von Unternehmen abzudecken. Die Leiharbeit darf aber nicht ein weiteres Einfallstor für Lohndrückerei sein.

Deshalb haben wir in den Verhandlungen gefordert:

- Den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nach einer angemessenen Einarbeitungszeit durchzusetzen.
- Ein Mindestlohn für die Zeit- und Leiharbeitsbranche als wirksame Lohnuntergrenze zu verankern.
- Weitere Mindestlöhne zu ermöglichen. Kurzfristig für das Sicherheitsgewerbe und die Weiterbildung. Grundsätzlich wollen wir allen Wirtschaftszweigen die Möglichkeit eröffnen zu Branchenmindestlöhnen zu kommen.

Es war vor allen Dingen die FDP, die verhindert hat, dass es zu einem tragfähigen Kompromiss kam. Es war Frau von der Leyen die trotz vieler warmer Worte nicht in der Lage war, mit uns zu wirksamen Maßnahmen gegen Lohndumping zu kommen. Stattdessen versucht die CDU-Arbeitsministerin mit Scheinlösungen und Mogelpackungen von ihrem Versagen abzulenken. Die Vorstellung etwa für Leiharbeiter für neun Monate die gleiche Bezahlung zu verweigern ist absurd. Zur Erinnerung: 50 % der Leiharbeiter sind unter drei Monaten in den Betrieben eingesetzt! Die allermeisten Leiharbeiter wären dadurch also weiter von Lohndrückerei betroffen.

Der Kampf für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und für Mindestlöhne muss weitergehen. Zum 1. Mai 2011 tritt die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft. Wer nicht will, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter gegen einander ausgespielt werden, wenn es um einen fairen Lohn und Leistungsgerechtigkeit geht, muss jetzt handeln. Wir kämpfen gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften für faire Bezahlung. Es bleibt dabei: Der wirksamste Schutz vor Armut ist gute Arbeit zu anständigen Löhnen – im Interesse der arbeitenden Menschen und ihrer Kinder.

Terminvorschau

Am...

Donnerstag, 17.02.2011,
um 12.30 Uhr,
im Otto-Hahn-Gymnasium Gifhorn

Donnerstag, 17.02.2011
um 19 Uhr
KIDZ - Stadtwerke Peine,
Woltorfer Straße 64,
31224 Peine

Freitag, 18.02.2011
um 14.30 Uhr
im Deutschen Haus,
Torstraße 11,
38518 Gifhorn

Sonnabend, 26. 02.2011
um 10 Uhr
im Schützenhaus Vorsfelde

Donnerstag, 10.03.2011
um 17.30 Uhr
in der Gaststätte „Ohnesorge“
in Schwiegershausen

Mittwoch, 16.03.2011
um 18 Uhr
in der Scheune des Deutschen Haus,
Torstraße 11,
38518 Gifhorn

Dienstag, 29.03.2011,
um 19 Uhr
im Egon-Bahr-Haus
in Peine

Was?

Der Doppel-Abiturjahrgang des OHG hat eingeladen zu einer Diskussionsrunde, an der Hubertus Heil teilnehmen wird

Veranstaltung "Zukunft der kommunalen Wirtschaft" mit Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Hubertus Heil besucht die Jahreshauptversammlung der AG 60 Plus Gifhorn und berichtet aus Berlin

Hubertus Heil referiert auf dem Parteitag des Unterbezirks Wolfsburg zum Thema „Ausbildung und Leiharbeit“

Anlässlich einer Mitgliederversammlung besucht Hubertus Heil den SPD-Ortsverein Osterode

An diesem Abend lädt Hubertus Heil und die Kreistagsfraktion Gifhorn zu einer Veranstaltung zum Thema Integration ein. Zu Gast ist der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky

Hubertus Heil lädt ein zur Diskussion „Unsere Gesundheit braucht Solidarität“ anlässlich der SPD-Praxistage. Im Vorfeld der Veranstaltung wird er Kurzpraktika in seinem Wahlkreis absolvieren, im Rahmen derer er Einblicke in das Gesundheits- und Pflegewesen erhält. Die Veranstaltung bildet den Abschluss dieser Praxistage.